

A. Gesetzesinfos

1. Krankenhaustransparenzgesetz

Das umstrittene Krankenhaustransparenzgesetz wurde verabschiedet – LINK – Patienten sollen unter anderem eine bessere Informationsbasis über für sie in Betracht kommende Krankenhäuser an die Hand bekommen. Die DSK kommentierte: „Es bestehen erhebliche Zweifel, dass mit diesem Gesetzentwurf eine rechtssichere und tragfähige Neuregelung erreicht wird, die die länderübergreifende Forschung erleichtert“. – LINK – Unklar ist auch das Verhältnis des Gesetzes zu den Landeskrankenhausgesetzen und es fehlt eine Auseinandersetzung mit der Gesetzgebungskompetenz der Länder.

2. Digital-Gesetz (DigiG)

Der Deutsche Bundestag hat am 14. Dezember 2023 dem Digital-Gesetz zugestimmt, das unter anderem die Einführung der „Opt-Out-ePA“ und des „eRezepts“ beinhaltet. – LINK – LINK -

3. Europäische digitale Identität (EUid-Brieftasche)

Die EUid-Brieftasche soll allen EU-Bürgerinnen die Möglichkeit bieten, die digitale EU-Identitätskarte zu verwenden, um öffentliche und private Online-Dienste in ganz Europa sicher datenschutzkonform zu nutzen. Unter anderem können persönliche Dokumente, wie ein digitaler Führerschein oder ein ärztliches Rezept aufbewahrt und ein Bankkonto eröffnet werden. Große Online-Dienste werden verpflichtet, den Identitätsnachweis zur Authentifizierung zu akzeptieren. Die Einigung der europäischen Gesetzgeber erfolgte am 08.11.2023. Geregelt sind die Voraussetzungen in einer Verordnung (eIDAS-Verordnung), die kurz nach Verkündung in Kraft treten wird. Anschließend bleiben den Mitgliedstaaten 24 Monate (ca. Ende 2025/Anfang 2026) die Verordnung umzusetzen. - LINK -

B. DSGVO

1. Die beliebtesten Passwörter der Deutschen

Das Hasso-Plattner-Institut hat mal wieder die zehn beliebtesten Passwörter in Deutschland veröffentlicht. – LINK -

2. Acht Thesen für eine datenschutzrechtlich, ethisch und fachlich tragfähige Digitalisierung der Gesundheitsversorgung

Die Initiative „Mit Sicherheit gut behandelt“ hat ein Thesenpapier zur Vereinbarkeit der digitalen Transformation der Medizin mit dem Datenschutz vorgestellt. – LINK -

3. Die Datenverarbeitung des Betriebsarztes

Das Netzwerk Datenschutzexpertise hat seinen Leitfaden „Die Datenverarbeitung des Betriebsarztes“ aktualisiert. – LINK -

4. Diagnose veröffentlicht: Geldstrafe von 10.000 € (Österreich)

Die Datenschutzbehörde (Österr.) hat mit Straferkenntnis vom 29. Juni 2023 eine Strafe in Höhe von 10.000 € verhängt. Die Betroffene verfasste nach einem Arztbesuch unter ihrem Klarnamen eine Google-Rezension. Der Arzt, Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, reagierte mit öffentlicher Antwort darauf und erwähnte darin die Diagnose der Betroffenen. Gesichtspunkte für die Höhe der Geldstrafe waren: Vorsatz der Veröffentlichung, Gesundheitsdaten, Missbrauch des Vertrauensverhältnisses Arzt-Patient, wiederholte öffentliche Nennung von Diagnosen.

DSB (österr.) 29.06.2023, Az.: 2023-0.420.407, die Höhe der Geldstrafe ist noch nicht rechtskräftig.

5. Empfehlung im Gesundheitsbereich zu Forschung und Register (Entschließung)

Zur Forschung mit Gesundheitsdaten formuliert die DSK (Konferenz) Anforderungen, die beachtet werden müssen. Einheitliche Maßstäbe und standardisierte Verfahren sollen helfen ein hohes Datenschutzniveau sicherzustellen. Die Entschließung enthält Vorschläge, die auch ohne gesetzliche Regulierung umgesetzt werden können. -LINK -

Bezüglich medizinischer Register werden Rahmenbedingungen und Empfehlungen für die gesetzliche Regulierung ausgesprochen. Diese richten sich an den Gesetzgeber. - LINK –

6. Anforderung bei der Einbettung von Videos auf Webseiten

Der BfDI erstellte für staatlichen Stellen Hinweise zur Einbindung von Videos auf Webseiten. Besonderes berücksichtigt werden neben Datenschutzaspekten die Verpflichtung der staatlichen Stellen, Bürger zu informieren, der Umgang mit YouTube-Videos sowie alternative Einbindungsmöglichkeiten. Hilfreich für Alle, nicht nur für öffentliche Stellen. - LINK -

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Geldbuße nur bei schuldhaftem Handeln (Deutsche Wohnen)

Bei Datenschutzverstößen kann dann eine Geldbuße verhängt werden, wenn der Verantwortliche schuldhaft handelte - also vorsätzlich oder fahrlässig. Das sei dann der Fall, wenn er sich über die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens nicht im Unklaren habe sein können, so der EuGH mit Urteil vom 05.12.2023, Az.: C-807/21. Nicht notwendig ist, dass der Verstoß von dem Leitungsorgan des Verantwortlichen begangen wurde.

2. Beweislast bei DSGVO-Schadensersatzklagen trägt Verantwortlicher

Der EuGH hat die Verantwortlichkeit für die Beweislast im Falle von DSGVO-Schadensersatzklagen dem Verantwortlichen auferlegt. Er trägt die Verantwortung für die Angemessenheit von Sicherheitsmaßnahmen, so der EuGH im Urteil vom 14.12.2023, Az.: C-340/21.

3. Keine Bagatellgrenze bei DSGVO-Schmerzensgeldklagen

Der EuGH mit Urteil vom 14.12.2023, Az.: C-456/22 keine „Bagatellgrenze“ für nach der DSGVO verursachte immaterielle Schäden gelten lassen. Die betroffene Person muss jedoch den Nachweis erbringen, dass die Folgen dieses Verstoßes, die sie erlitten zu haben behauptet, ursächlich für einen Schaden waren, der sich von der bloßen Verletzung der Bestimmungen dieser Verordnung unterscheidet.

4. Schufa-Urteil

Der EuGH hat mit Urteil vom 07.12.2023, Az.: C-634/21, C-26/22 und C-64/22 entschieden:

Eine „automatisierte Entscheidung im Einzelfall“ im Sinne dieser Bestimmung liegt vorliegt, wenn ein auf personenbezogene Daten zu einer Person gestützter Wahrscheinlichkeitswert in Bezug auf deren Fähigkeit zur Erfüllung künftiger Zahlungsverpflichtungen durch eine Wirtschaftsauskunftei automatisiert erstellt wird, sofern von diesem Wahrscheinlichkeitswert maßgeblich abhängt, ob ein Dritter, dem dieser Wahrscheinlichkeitswert übermittelt wird, ein Vertragsverhältnis mit dieser Person begründet, durchführt oder beendet.

und ... dass ein rechtsverbindlicher Beschluss einer Aufsichtsbehörde einer vollständigen inhaltlichen Überprüfung durch ein Gericht unterliegt.

und ... dass er einer Praxis privater Wirtschaftsauskunfteien entgegensteht, die darin besteht, in ihren eigenen Datenbanken aus einem öffentlichen Register stammende Informationen über die Erteilung einer Restschuldbefreiung zugunsten natürlicher Personen zum Zweck der Lieferung von Auskünften über die Kreditwürdigkeit dieser Personen für einen Zeitraum zu speichern, der über die Speicherdauer der Daten im öffentlichen Register hinausgeht.

und ... dass die betroffene Person das Recht hat, vom Verantwortlichen die unverzügliche Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn sie gemäß Art. 21 Abs. 1 dieser Verordnung Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegt und keine zwingenden schutzwürdigen Gründe vorliegen, die ausnahmsweise die betreffende Verarbeitung rechtfertigen.

und ... dass der Verantwortliche verpflichtet ist, personenbezogene Daten, die unrechtmäßig verarbeitet wurden, unverzüglich zu löschen.

Der HfDI sieht direkte Auswirkungen auf Anwendungen künstlicher Intelligenz. – LINK -

5. Abgrenzung alleinige und gemeinsame Verantwortlichkeit

Der EuGH hat mit Urteil vom 05.12.2023, Az.: C-683/21 Abgrenzungskriterien zur alleinigen und gemeinsamen Verantwortlichkeit getroffen.

6. Identifizierende Schilderung eines sexuell übergriffigen Verhaltens in Facebookgruppe

Sprechen gewichtige Gründe für eine identifizierende Tatschilderung seitens des Opfers, muss diese auch dann hingenommen werden, wenn sie (aufgrund einer Pranger-Wirkung oder Stigmatisierung) schwerwiegende Folgen für die Persönlichkeitsentfaltung des Täters hat, so der BGH im Urteil v. 17.10.2023, Az.: VI ZR 192/22

7. Insolvenzverwalter hat keinen DSGVO-Auskunftsanspruch nach Art. 15

Der Insolvenzverwalter ist hinsichtlich der Steuerdaten des Insolvenzschuldners nicht "betroffene Person" im Sinne der Art. 4 Nr. 1, 15 Abs. 1 DSGVO. Daher geht der Auskunftsanspruch des Insolvenzschuldners nicht gemäß § 80 Abs. 1 der Insolvenzordnung (InsO) in die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters über (...). (BFH, Urt. v. 05.12.2023 - Az.: IX B 108/22)

8. Was gilt: DSGVO oder Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation

Im Rahmen der Prüfung eines Verhaltenskodex nach Art. 40 Abs. 5 GDPR (für „Presse- und Zeitschriftenunternehmen“) zur Frage unbedingt notwendiger Cookies verweist der Österreichische Verwaltungsgesichtshof mit Beschluss vom 31.10.2023, Az.: Ro 2020/04/0024 bei nebeneinanderstehenden rechtlichen Vorgaben – hier DSGVO und Richtlinie 2002/58/EG (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation), dass die geringeren aber konkretisierten gesetzlichen Vorgaben der Datenschutzrichtlinie ausreichend sind und keine Abwägung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO vorzunehmen ist.

9. Datenschutzrelevante Daten im Adressfeld

Die Verwendung eines Briefumschlags mit einem Fenster, in dem neben Name und Adresse auch der Zusatz „Ihre Liegenschaft XXXX“ sichtbar ist, verstößt gegen die DSGVO, so das Österreichische Bundesverwaltungsgericht mit Spruch vom 18.10.2023, Az.: W108 2257611-1.

10. AGB-Kontrolle für Cookie-Banner mit Text zu Drittstaatentransfer

Die über ein Cookie-Banner einbezogenen Datenschutzhinweise zu Analyse- und Marketing-Cookies unterliegen der AGB-Kontrolle und die beanstandeten Klauseln sind als unzulässig zu bewerten. Das Gericht bestätigt daneben die Unzulässigkeit der Übermittlung personenbezogener Daten beim Besuch der Website www.telekom.de an Google in die USA, so das OLG Köln mit Urteil vom 3.11.2023, Az.: 6 U 58/23.

Der unveränderter Rat: Bleiben Sie entspannt, minimieren die Datenübertragung in die USA und suchen Alternativen.

11. Kontrollverlust kein Aufhänger für immateriellen Schadensersatz

Das LG Stuttgart hat mit Urteil vom 11.10.2023, Az. 18 O 17/23 entschieden, dass ein diffuses Gefühl von Kontrollverlustes keinen immateriellen Schaden im Sinne von Art. 82 DSGVO darstellt, inhaltlich vergleichbar OLG Hamm mit Beschluss vom 18.10.2023, Az.: 7 U 77/23.

12. Auskunftsanspruch bezüglich Daten der Außenprüfung durch das Finanzamt

Das FG Düsseldorf hat mit Urteil vom 09.02.2022, Az.: 4 K 641/20 AO einen Auskunftsanspruch stattgegeben, der sich auf Informationen im Rahmen einer Außenprüfung durch das Finanzamt bezieht.

13. Keine Namensnennung des von einem Bußgeldbescheid betroffenen Unternehmens

Die Bundesnetzagentur darf keine Pressemitteilung veröffentlichen, in der sie unter namentlicher Nennung des betroffenen Unternehmens über den Erlass eines Bußgeldbescheides unterrichtet, so das VG Köln mit Urteil vom 17.11.2023, Az.: 1 K 3664/21

14. Umfang der Zusammenarbeit mit der Datenschutz-Aufsichtsbehörde

Der Verantwortliche ist gegenüber der zuständigen Datenschutzbehörde grundsätzlich auskunftsverpflichtet. Es besteht jedoch ein Auskunftsverweigerungsrecht, sobald die Gefahr eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens besteht (VG Bremen, Urt. v. 27.11.2023 - Az.: 4 K 1160/22)

15. Keine Lizenzabgabe für Fernsehprogramm im Krankenhaus

Die Patientenzimmer waren jeweils mit einem Fernsehgerät ausgestattet, über das die Patienten das lineare Fernsehprogramm empfangen konnten. Das Amtsgericht München (Urteil v. 28.07.2022, Az: 142 C 488/22) verneint einen urheberrechtlichen Schadensersatzanspruch. Es sei nicht nachgewiesen worden, dass tatsächlich Filmwerke angeschaut wurden. (Pressemitteilung des AG München v. 04.12.2023)

D. Beschäftigtendatenschutz – Artikel und Urteile

1. Per SMS versandte Weisungen sind verbindlich zu beachten

Ist dem Arbeitnehmer auf der Grundlage der betrieblichen Regelungen bekannt, dass der Arbeitgeber die Arbeitsleistung für den darauffolgenden Tag in Bezug auf Uhrzeit und Ort konkretisieren wird, ist er verpflichtet, eine solche, per SMS mitgeteilte Weisung auch in seiner Freizeit zur Kenntnis zu nehmen, so das BAG mit Urteil vom 23.08.2023, Az.: 5 AZR 349/22.

2. Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Der Beweiswert von (Folge-)Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen kann erschüttert sein, wenn der arbeitsunfähige Arbeitnehmer nach Zugang der Kündigung eine oder mehrere Folgebescheinigungen vorlegt, die passgenau die Dauer der Kündigungsfrist umfassen, und er unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine neue Beschäftigung aufnimmt, so das BAG mit Urteil vom 13.12.2023, Az.: 8 Sa 859/22.

3. Vertraulichkeitserwartungen an eine Chatgruppe

Bei beleidigenden und menschenverachtenden Äußerungen über Betriebsangehörige in einer aus sieben Teilnehmern bestehenden privaten Chatgruppe bedarf es einer besonderen Darlegung, warum der Arbeitnehmer berechtigterweise erwarten durfte, seine Äußerungen würden von keinem Beteiligten an Dritte weitergegeben, so das BAG mit Urteil vom 24.08.2023, Az.: 2 AZR 17/23.

4. Verbot der privaten Handynutzung – keine Mitbestimmung

Ein Arbeitgeber kann die private Handynutzung im Job während der Arbeitszeit verbieten, ohne den Betriebsrat zu beteiligen. Eine entsprechende Weisung ist nicht mitbestimmungspflichtig, weil sie das unmittelbare Arbeitsverhalten der Beschäftigten betrifft – so das BAG (Beschluss v. 17.10.2023, Az: 1 ABR 24/22; Vorinstanz LAG Nds 13.10.2022, Az.: 3 TaBV 24/22).

5. Facebook-Seite mit Kommentarfunktion – Mitbestimmungspflichtig

Das Betreiben einer Facebook-Seite durch ein Klinikum kann das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung begründen (§ 88 Abs. 1 Nr. 32 HmbPersVG). Sozialen Medien, insbesondere Facebook-Seiten bieten eine Kommentarfunktion. Durch Einstellen von Nutzerkommentare können das Verhalten oder die Leistung von Beschäftigten eingestellt werden. Grundsätzlich können diese durch Dienststellen ausgewertet werden, so dass ein Überwachungsdruck für die Beschäftigten erzeugt werden kann. Damit ist das Mitbestimmungsrecht gegeben. (BVerwG, Beschluss vom 04.05.2023, 5 P 2/22)

6. Bußgeld wegen verspäteter Auskunft?

Das ArbG Duisburg hat mit Urteil vom 03.11.2023, Az.: 5 Ca 877/23 ein Bußgeld von 750 € wegen verspäteter Beantwortung eines Auskunftersuchens festgesetzt. Das LAG Düsseldorf hat mit Urteil vom 28.11.2023, Az.: 3 Sa 285/23 hingegen ein Bußgeld in Höhe von 10.000 € zurückgewiesen. Denn ein Verstoß gegen Art. 15 DSGVO falle bereits nicht in den Anwendungsbereich von Art. 82 DSGVO. Die Vorschrift setzt haftungsbegründend eine gegen die DSGVO verstoßende Datenverarbeitung voraus. Daran fehle es bei der bloßen Verletzung der Auskunftspflicht aus Art. 15 DSGVO - sei es, dass diese verzögert oder anfangs unvollständig erfüllt werde. Unabhängig davon setze Art. 82 DSGVO für einen Anspruch auf eine Geldentschädigung wegen eines immateriellen Schadens mehr als einen bloßen Verstoß gegen die Vorschriften der DSGVO voraus. Der bloße vom Kläger angeführte Kontrollverlust über die Daten genüge nicht und sei mit dem Verstoß gegen Art. 15 DSGVO letztlich identisch.

Mit gleicher Begründung ablehnend, LAG Baden-Württemberg, Urteil v. 27.07.2023, Az.: 3 Sa 33/22, in DaSuMed 05.2023.

E. Kirchlicher Datenschutz

1. Seelsorge und Fundraising im Bereich der Nordkirche

Im aktuellen Amtsblatt – LINK – hat die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) die Änderungen ihres Datenschutzrechts bekannt gemacht. Interessante Punkte:

In § 19 wird die Übermittlung von Daten zu Zwecken der Seelsorge und der Gemeindegliederarbeit modifiziert. Demnach dürfen kirchliche und diakonische Einrichtungen Daten von Bewohner*innen, Patient*innen und Klient*innen an zur Seelsorge in der Einrichtung Beauftragte weitergeben. Eingeschränkt wird dies durch ein Widerspruchsrecht der Betroffenen, über das zu informieren ist. Bei Minderjährigen müssen die Sorgeberechtigten einwilligen.

Zum Zwecke des Fundraisings dürfen kirchliche Stellen neben Adress-Daten von Kirchenmitgliedern und deren Familienangehörigen auch »Personen, die mit der kirchlichen und diakonischen Arbeit in Beziehung getreten sind« zum Fundraising verwenden, wenn kein Sperrvermerk und kein Widerspruch vorliegt. - LINK –

2. Hinweisgeberschutzgesetz im Erzbistum Hamburg und in der Ev. Kirche

Das Erzbistum Hamburg hat am 08.12.2023 das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) verabschiedet. – LINK – Am 05.12.2023 gab es eine vergleichbare Regelung im Bereich der Evangelischen Kirche. – LINK -

3. Perfides Phishing per PDF-Anhang!

Die kirchliche Datenschutzaufsicht der ostdeutschen Bistümer (KDSA Ost) berichtet, wie über einen gutgemachten PDF-Rechnungsanhang ein Phishing-Angriff gefahren wird. Es werden Login-Daten zum E-Mail-Konto abgegriffen. - LINK -

F. Sonstiges

1. NIS-2-Richtlinie

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat am 27.09.2023 ein Diskussionspapier „Wirtschaftsbezogene Regelungen zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in Deutschland“ veröffentlicht. – LINK – Damit findet die am 16.01.2023 verabschiedete und bis zum 17.10.2024 in nationales Recht umzusetzende NIS-2-Richtlinie eine konkrete Umsetzung in Gestalt des novellierten BSI-Gesetzes (BSIG). Dies trifft nun insbesondere auch kleinere Einrichtungen. Und: die Geschäftsführung haftet persönlich. Instruktiv dazu auch: Dillschneider, Asma, Tonnius, NIS2-Richtlinie, in: das Krankenhaus 10.2023, S. 961 ff. (Teil 1) und ebd. 11.2023, S. 1086 ff. (Teil 2).

2. Messenger Signal 2024 noch datenschutzfreundlicher

Signal testet aktuell, inwieweit bei der Nutzung von Signal nur noch der Benutzername, nicht mehr aber die Mobilfunknummer angezeigt wird. – LINK -

3. Gutachten zu Terminvermittlungsportal Doctolib

Das Netzwerk Datenschutzexpertise hat sein altes Gutachten von 2021 – LINK – und die Fortschreibung – LINK - um weitere Ausführungen ergänzt – LINK – und die Rechtswidrigkeit des Geschäftsmodells von Doctolib angeprangert. Doctolib mahnt Mitbewerber ab, die auf die Gutachten des Netzwerks Datenschutzexpertise verweisen. – LINK -

4. Terminservice 116117: Nun auch Videosprechstunden buchbar

Die Terminservicestellen der KVen können nun auch Termine für Videosprechstunden vermitteln. Ärztinnen, Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können diese online über den 116117 Terminservice bereitstellen. Die Terminverwaltungssoftware wurde entsprechend erweitert. Gesetzlich Versicherte können die angebotenen Termine auf der Webseite 116117-termine.de, über die 116117-App oder die Hotline 116117 buchen. – LINK – und – LINK –

5. Leichte Sprache – Informationen zur Darm-Spiegelung in Leichter Sprache

Unter dem – LINK – findet sich ein plakatives Anwendungs-Beispiel (hier: Infos zur Darm-Spiegelung) für Leichte Sprache (was vielleicht auch für alle Durchschnitts-Patienten hilfreich sein könnte).

6. FAQ Hinweisgeberschutzgesetz

Der LfDI Baden-Württemberg hat FAQ zum Hinweisgeberschutzgesetz veröffentlicht. – LINK -

7. Positionspapier zu cloudbasierten digitalen Gesundheitsanwendungen

Die DSK hat ein „Positionspapier zu cloudbasierten digitalen Gesundheitsanwendungen“ veröffentlicht. – LINK -

8. Checkliste zum Einsatz LLM-basierter Chatbots

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat eine Checkliste zum Einsatz LLM-basierter (Large Language Models) Chatbots veröffentlicht. – LINK –

9. Whitepaper Datenschutz und Künstliche Intelligenz

Mittels Aufrufs des – LINK – „Datenschutz für KI nutzen – Datenschutz mit KI wahren“ findet sich ein Whitepaper zum Thema.

10. BSI bietet – Lagebild Gesundheit 2022

Das „Lagebild Gesundheit“ soll die (IT-)Sicherheitslage im Gesundheitswesen aus Sicht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) darstellen. Betrachtet werden die Bereiche der

Telematikinfrastruktur, der digitalen Gesundheitsanwendungen, der Medizinprodukte, der digitalen Pandemiebekämpfung sowie der Sicherheitslage in der ambulanten Versorgung. – LINK -

11. Rechtsgrundlagen im Datenschutz beim Einsatz künstlicher Intelligenz

Unter dem – LINK – findet sich ein Diskussionspapier zu den Rechtsgrundlagen im Datenschutz beim Einsatz künstlicher Intelligenz.

12. Freigabeempfehlung/Richtlinie für den Einsatz von ChatGPT

Die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein setzte sich im Mai 2023 damit auseinander, wie ChatGPT von OpenAI in staatlichen Einrichtung eingesetzt werden könnte. Die Freigabeempfehlung, mit ausführlichen Beschreibungen zum Anlass, zum Sachstand und zur Bewertung bieten eine lesenswerte Zusammenfassung. - LINK -

13. Kündigungsbutton auf Webseite muss ohne Login erreichbar sein - online Verträge

Der Kündigungsbutton auf der Webseite von Sky Deutschland muss ohne Eingabe von Login erreichbar sein (LG München I, Urt. v. 10.10.2023 - Az.: 3 O 15098/22) Seit dem 01.07.2022 besteht für Unternehmen im Online-Bereich die gesetzliche Pflicht, Dauerschuldverhältnisse, die online abgeschlossen werden können, auch wieder online zu kündigen (sog. Kündigungsbutton), vgl. § 312k BGB.

14. Rezepte über Internet ohne persönliche Konsultation unzulässig.

Das OLG Hamburg hat mit Hinweisbeschluss vom 15.08.2023, Az.: 5 U 93/22 die Erteilung von Rezepten für verschreibungspflichtige Arzneimittel über das Internet ohne vorherigen persönlichen Kontakt von Arzt und Patient für unzulässig erklärt. – LINK -

G. Selbsttests/Sonstiges

1. KI erzeugt „höchst überzeugende“ E-Mails

Eine Umfrage von Abnormal Security und eine Analyse von IBM X-Force zeigen, dass Generative AI (GenAI) eine wichtige Rolle bei der Erstellung von Schad-Mails spielt. Die Studie demonstriert, wie ein generatives KI-Modell mit fünf einfachen Anweisungen eine "äußerst überzeugende" Phishing-Mail erstellt. Diese sei kaum zu unterscheiden von einem Menschen geschriebenen Text. Umfrage (engl.): - LINK – und Artikel: – LINK -

2. Arbeiten mit Robotern verführt zum Faulenzen?

Forscherinnen der Technischen Universität Berlin haben die zunehmende Integration von Robotern in menschliche Teams beleuchtet. Das Ergebnis der Studie (engl.) deutet darauf hin, dass Menschen, die glauben, von Robotern unterstützt zu werden, dazu neigen, ihre Anstrengungen zu verringern und weniger aufmerksam zu sein. -LINK– (Fazit dt. – LINK -)

Noyb (Schremms) ./ Meta oder ist Persönlichkeitsschutz zu bezahlen?

Europäische Nutzende von Meta (vormals Facebook) werden mittlerweile vor die Wahl gestellt, entweder dem Tracking für personalisierte Werbung zuzustimmen oder bis zu 251,88 € pro Jahr für ihr Grundrecht auf Datenschutz auf Instagram und Facebook zu bezahlen. Noyb (None of Your Business) reichte im November 2023 Beschwerde bei der Österr. Datenschutzaufsicht ein. - LINK -

3. Podcast „Let’s talk KI“

Das BSI initiierten mit der "Allianz für Cybersicherheit" das Team des Podcasts Cybersnacs. In den aktuellen Folgen wird das Thema KI vertieft. Bisherige Sendungen „Von Grundlagenforschung zum Tool“ oder „Wie moralisch ist der Algorithmus“. Die aktuelle 23. Folge widmet sich einer rechtlichen Einschätzung „Sicherheit durch Prüfbarkeit?“ - LINK -

4. Digitalzwang?

Die Paketstationen der Deutschen Post DHL rücken ohne Smartphone kein Paket mehr raus. An immer mehr Stellen sind Leistungen nur noch über eine herunterzuladende App zu erhalten. Das Smartphone ist jederzeit dabei zu haben und jede Menge Informationen sind preiszugeben. Digitalcourage vergab der DHL den Big Brother Awards 2023 - LINK - für die Paketstationen. Weitere Informationen zu Digitalzwang - LINK -

5. Beliebteste Passworte 1234 oder 123456789?

Das Hasso Plattner Institut hat die 10 meist gehackten Passworte ermittelt. Der frühere Mehrfachsieger 1234 wurde abgelöst von 123456789, dicht gefolgt von 12345678, 1234567890 und 123457. - LINK -



Sind die Inhalte von Links nicht aufrufbar und ist ein Link mit einem Zeilenumbruch dargestellt, kann durch Entfernen des Trennzeichens die Linkfunktion aktiviert werden. Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.